

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Dr. Petra Sitte, Dr. Lothar Bisky und der Fraktion DIE LINKE.

Mögliche Einführung von Softwarepatenten in der EU durch transatlantische Patentrechtsharmonisierung

Vertreter der EU-Kommission und der US-Regierung haben sich im Rahmen des Transatlantischen Wirtschaftsrats (Transatlantic Economic Council, TEC) darauf verständigt, die internationale Angleichung des Patentrechts voranzutreiben. Beim letzten Treffen des TEC im Mai 2008 wurde unter anderem ein Zeitplan mit konkreten Schritten beschlossen, um dieses Ziel zu erreichen (vgl. Roadmap: http://ec.europa.eu/internal_market/indprop/docs/patent/docs/tec_ipr_roadmap_en.pdf).

Kritiker wie die Nichtregierungsorganisation FFII (Förderverein für eine Freie Informationelle Infrastruktur e. V.) befürchten, dass durch eine Angleichung von Teilen des EU-Patentrechts an das US-Recht, die amerikanische Praxis, Softwarepatente zu akzeptieren, in Europa Einzug halten könnte. Softwarepatente („Patente auf computerimplementierte Erfindungen“) können insbesondere kleine Softwareunternehmen in ihrer Entwicklungstätigkeit behindern und wurden 2005 vom Europäischen Parlament abgelehnt. Der FFII schreibt bezüglich eines möglichen Patentabkommens mit den USA: „Verlässlichen Quellen in der EU zufolge wurde mittlerweile eine vertrauliche und zweckbestimmte Arbeitsgruppe im Ministerrat eingerichtet, um das vorgeschlagene Patentabkommen zu diskutieren“ (www.ffii.de)).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die in der oben genannten TEC-Roadmap von der EU-Kommission für Mai bis September angekündigte Diskussion mit den Mitgliedstaaten über die Roadmap und die geplante Harmonisierung des Patentrechts bereits stattgefunden, wenn ja, wer hat für die Bundesregierung an dieser Diskussion teilgenommen, welche Position hat die Bundesregierung bezüglich der verschiedenen Punkte in der Roadmap vertreten?

Wenn nein, wann wird die Diskussion stattfinden, wer vertritt die Bundesregierung dabei, und welche Position vertritt die Bundesregierung?

2. Mit welchen Punkten der Roadmap wurde bereits begonnen, welche sind bereits abgeschlossen, und welche Ergebnisse wurden bereits erzielt?
3. Ist es zutreffend, dass eine Arbeitsgruppe im Ministerrat eingerichtet wurde, um ein transatlantisches oder ein weitergehendes Patentabkommen zu diskutieren?

Welche Staaten und welche Themenbereiche soll das Abkommen umfassen, und wer vertritt die Bundesregierung in dieser Arbeitsgruppe?

4. Welche Pläne sind der Bundesregierung bekannt, das materielle Patentrecht a) zwischen den Staaten der so genannten WIPO B+ Gruppe (v. a. Industriestaaten), und b) zwischen den USA und der EU zu harmonisieren?
5. Welche Position vertritt die Bundesregierung zu einer Harmonisierung des materiellen Patentrechts a) zwischen den Staaten der so genannten WIPO B+ Gruppe und b) zwischen den USA und der EU, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Sorge des FFII, dass eine Angleichung von EU- und US-Patentrecht zu einer Einführung von Softwarepatenten (wie sie in den USA möglich sind) in der EU führen könnte, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?
7. Teilt die Bundesregierung die Meinung von europäischen Verbraucherorganisationen, dass im Rahmen des TEC darauf geachtet werden müsste, dass eine Harmonisierung, welche eine Stärkung von Patentrechten mit sich bringe, nicht erlaubt werde, da eine so geartete Harmonisierung Innovationen verhindere (vgl. www.tacd.org)?
8. Welche Probleme ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung für ein bilaterales Patentabkommen zwischen den USA und der EU und für eine internationale Angleichung des Patentrechts aus der Tatsache, dass es noch nicht einmal ein europäisches Gemeinschaftspatent oder ein einheitliches materielles Patentrecht im „acquis communautaire“ gibt, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?
9. Wie ist der derzeitige Stand der Verhandlungen zwischen den EU-Staaten zum Europäischen Gemeinschaftspatent in der Frage der Softwarepatente? Welche Position hat die Bundesregierung bisher dabei vertreten, und welche Position wird sie bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen vertreten?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung, dass die EU-Kommission die Diskussionen um eine internationale Harmonisierung des Patentrechts offenbar weitgehend eigenmächtig vorantreiben will, die Mitgliedstaaten angesichts eines sehr zügigen Zeitplans in der Roadmap (Mai bis September 2008) kaum ausreichend in die Diskussion eingebunden werden können, und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?
11. Wie verhält sich die Bundesregierung zu der in den USA stärker werden den Kritik am US-Patentsystem, insbesondere an einer beklagten schlechten Qualität der Patente (Patentierung von Scheininnovationen etc.), einer ausufernden Zahl der Patentanmeldungen und eines Missbrauchs des Patentrechts durch spezialisierte Patentverwerter, die Innovationen blockieren und verteuern können (Sperrpatente, Patenttrolle; vgl. z. B. „Angriff der Trolle“ bei sueddeutsche.de und www.patentfairness.org), und wie begründet die Bundesregierung ihre Position?
12. Welche Verbände wurden zu dem von den Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie sowie der Justiz Mitte März letzten Jahres durchgeführten informellen Austausch mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden zu Patentfragen (vgl. [Bundestagsdrucksache 16/5195](#), Antwort zu Frage 8) eingeladen?
Wurden auch Vertreter von Mittelstands- und Selbständigenverbänden (insbesondere der Softwarebranche) geladen?
13. Durch welche Maßnahmen stellt die Bundesregierung sicher, dass die Position kleiner und mittelständischer Betriebe in Fragen des Patentrechts und insbesondere der Softwarepatente im politischen Prozess berücksichtigt wird?

14. Wie beurteilt die Bundesregierung den Einwand des FFII, dass das Patentwesen eine wesentliche Wirkung auf die Wirtschaft hat und demzufolge nicht das Bundesministerium der Justiz, sondern das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie federführend in Patentrechtsfragen sein sollte?

Wie begründet die Bundesregierung ihre Position?

Berlin, den 29. August 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

